Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4946

18. 06. 96

Antrag

der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin), Antje Hermenau, Vera Lengsfeld, Steffi Lemke, Gerd Poppe, Franziska Eichstädt-Bohlig und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neue Impulse für den Aufbau Ost

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Aufbau Ost ist in eine schwierige Phase eingetreten. Die vergangenen Jahre waren nicht nur vom Zusammenwachsen der deutschen Gesellschaften gekennzeichnet, vielerorts wurden auch die Unterschiede deutlicher und die Gräben tiefer.

Die bestehenden Schwächen der aus der DDR übernommenen Wirtschaftsstruktur sind noch nicht ausgeglichen. Die Förderpolitik der vergangenen Jahre hat neue strukturelle Fehlentwicklungen hervorgerufen. Sie hat insbesondere die Entwicklung eines überdimensionierten Bausektors stimuliert und durch die hohen Abschreibungssätze volkswirtschaftlich nicht sinnvollen Investitionen zum Durchbruch verholfen und damit zugleich raumwirtschaftlich negative Entwicklungen verstärkt.

Die Inkonsistenzen zwischen den verwirrend vielfältigen Förderprogrammen, zwischen deutscher und europäischer Strukturförderung drohen selbst zum Entwicklungshindernis zu werden.

Das Wachstum in den neuen Ländern ist ins Stocken geraten, vom derzeitigen konjunkturellen Einbruch ist Ostdeutschland stärker betroffen als die westdeutsche Wirtschaft. Noch immer ist die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern kein selbsttragender Prozeß, noch immer ist sie von hohen gesamtstaatlichen Transfers abhängig. Ein Großteil dieser Mittel fließt über Aufträge an westdeutsche Unternehmen nach Westdeutschland zurück.

Doch es ist heute schwieriger als vor fünf Jahren, die Bereitschaft der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, zu teilen und die für die Einheit erforderlichen Lasten solidarisch zu tragen. Die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe werden härter. Die Bundesregierung hat das Angebot der Gewerkschaften für ein Bündnis für Arbeit ausgeschlagen und damit eine Verschärfung der sozialen Konflikte heraufbeschworen. Zugleich hat sie mit der Ankündigung, den Solidarzuschlag senken zu wollen, den falschen Eindruck vermittelt, die Solidarität mit den neuen Ländern sei nicht mehr im bisheri-

gen Maße erforderlich und sei zumal den Besserverdienenden nicht mehr zuzumuten.

Mit dem Vorhaben eines raschen Abbaus der Arbeitsförderung Ost versucht die Bundesregierung ebenfalls auf brachiale Weise Normalität zu verordnen, wo immer noch eine Sondersituation besondere Hilfen erfordert. Sie zerstört damit die Hoffnungen Hunderttausender auf einen sinnvollen Arbeitsplatz. Sie verkennt zudem die Bedeutung der von den Beschäftigten des zweiten Arbeitsmarktes erbrachten erheblichen Wertschöpfung für Ostdeutschland. Diese Wertschöpfung entsteht in Bereichen wie Jugendarbeit, soziale Dienste, Natur- und Landschaftsschutz, die dringend darauf angewiesen sind und die keinerlei Chance haben, die entsprechenden Leistungen zu Marktpreisen zu kaufen.

Angesichts der durch verschiedene Faktoren bedingten Anspannung aller öffentlichen Haushalte ist die Aufbau Ost Förderung zunehmend unter Druck geraten. Bereits in den vergangenen Jahren hat Ostdeutschland überproportional zur Haushaltskonsolidierung des Bundes beigetragen.

Die Zeit für flächendeckende Förderung der ostdeutschen Wirtschaft geht zuende. Es wird Zeit, die stärker entwickelten Teile der ostdeutschen Wirtschaft dem Markttest auszusetzen. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen in den kritischen Bereichen intensiviert und konzentriert werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Solidaritätszuschlag auf absehbare Zeit nicht zu kürzen. Ein zukünftiger Abbau muß an nachvollziehbare Fortschritte bei der wirtschaftlichen Angleichung und an einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern gebunden werden;

2. die Arbeitsförderung für die neuen Länder nicht abreißen zu lassen. Reformen müssen auf Verbesserungen der arbeitsmarktlichen Wirkungen und nicht auf vordergründige Mitteleinsparungen ausgerichtet werden;

3. eine Aktualisierung der Förderstrategie in Angriff zu nehmen, die den erkennbaren Fehlentwicklungen gegensteuert, die Unübersichtlichkeit beseitigt, Inkonsistenzen abbaut und die sich auf die Hauptschwachstellen der ostdeutschen Wirtschaft konzentriert. Notwendig dazu ist ein zielorientiertes Konzept, um den Aufbau einer leistungsfähigen, beschäftigungsintensiven und ökologisch angepaßten mittelständischen Wirtschaft zu unterstützen, insbesondere durch

   - die Förderung eines funktionsfähigen Marktes für risikotragendes Eigenkapital,

   - die Konzentration der Investitionsförderung auf das exportorientierte verarbeitende Gewerbe,

   - die Verstärkung von Forschung und Entwicklung innerhalb und außerhalb der Hochschulen sowie die Erleichterung des Zugangs für kleine und mittlere Unternehmen zu de-

ren Ergebnissen. Eine Neuauflage der Programme zur ostdeutschen Forschungsförderung ist dringend geboten,

– verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung der Managementqualität junger Unternehmen;

4. durch verbesserte Bedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Sicherung der Märkte für ostdeutsche Produkte beizutragen;

5. durch eine Öffnung der Wirtschaftsgrenzen nach Ost- und Mitteleuropa sowie durch eine Revitalisierung dieser Exportmärkte die Chancen der ostdeutschen Wirtschaft zu verbessern;

6. die Regionalförderung den ostdeutschen Problemlagen entsprechend konzeptionell zu erneuern. Wirtschafts- und Arbeitsförderung müssen besser miteinander verzahnt werden, deutsche und europäische Förderkonzeptionen aufeinander abgestimmt werden;

7. die notwendige ökologische Orientierung und die Entstehung ökologischer Zukunftsbranchen durch eine baldige ökologische Reform des Steuersystems zu unterstützen und in diesem Zusammenhang durch eine Politik der Senkung der Lohnnebenkosten Spielräume für eine weiterhin moderate Lohnpolitik zu schaffen und damit die Ertragssituation der ostdeutschen Unternehmen zu verbessern;

8. die steuerlichen und sonstigen rechtlichen Voraussetzungen für die verstärkte Verwirklichung von Investivlohnvereinbarungen und somit der Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenskapital zu verbessern;

9. neue Instrumente der Bauförderung zu schaffen, die an die Stelle der bisherigen Abschreibungsvergünstigungen treten, die die Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes beschleunigen und zu einer Verbesserung der Lebensqualität der Innenstädte beitragen;

10. ein langfristig angelegtes Programm zur Sanierung von Umweltaltlasten gemeinsam mit den Ländern in Angriff zu nehmen, das die ökologischen Standortbedingungen weiter verbessert und verläßliche Grundlagen für die Entwicklung in diesen Bereichen tätiger Unternehmen schafft.

Bonn, den 18. Juni 1996

Werner Schulz (Berlin)
Antje Hermenau
Vera Lengsfeld
Steffi Lemke
Gerd Poppe
Franziska Eichstädt-Bohlig
Joseph Fischer, (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333